SPD: Dächer als Solarträger vermieten

Die SPD hat im Stadtrat den Antrag gestellt, die städtischen Dächern zur Vermarktung als Solarträger zu überprüfen.

Obernkirchen. Der Boom der Photovoltaik-Solarbranche sei noch ungebrochen, begründete Thomas Mittmann den Antrag. Investoren würden verstärkt versuchen, große Dachflächen zu pachten, um dann dort Großsolaranlagen zu installieren. Die Stadt könnte unter guten Bedingungen mit Einnahmen aus der Verpachtung der Dächer auch davon profitieren. Um das Wort bat dann Thomas Stübke (Grüne/WIR). Das sei schon ein „beeindruckender Sinneswandel“, befand er und zählte recht genüsslich auf: Erst am 25. April 2007 sei im Verwaltungsausschuss der Antrag auf Einrichtung einer Bürgersolaranlage auf der Feuerwehr abgelehnt worden. In den weiteren Diskussionen sei festgelegt worden, dass städtische Dächer für städtische Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden: „In 2008 wurde dann das Dach der Sporthalle Grundschule so saniert, dass die Aufbringung einer Solaranlage nicht mehr möglich ist. Auch das Dach der Kita Kammweg wird 2010 so saniert, dass seine solare Nutzung nicht mehr möglich sein wird.“ Stübke verwies darauf, dass der Bürgermeister immerhin der Initiative Solar-Lokal beigetreten sei. „Selbstverständlich unterstützen wir den Antrag, weil er positiv für die erforderlichen Bemühungen im Rahmen des Klimawandels und die Finanzen unserer Stadt ist“, sagte Stübke und setzte sich mit einem Grinsen, als habe er die letzte Klassenarbeit beim Nachbarn abgeschrieben – und nun die bessere Note erhalten. Der Antrag wurde in den Fachausschuss überwiesen. Geld einsparen möchte die SPD mit einem zweiten Antrag: Bei Ersatzbeschaffungen von Leuchtmitteln in städtischen Gebäuden und der Straßenbeleuchtung sollen, wo es möglich ist, nur noch LED-Leuchtkörper genommen werden. Denn die technische Entwicklung, so erklärte Mittmann, sei heute weit fortgeschritten, die LED-Technik biete mittlerweile sehr wenig Energieverbrauch bei guter Lichtausbeute. Normale Glühlampkörper alter Technik seien oder würden verboten, Energiesparlampen seien stark umstritten: schlechte Lichtausbeute, Quecksilberanteil im Leuchtkörper, schlechte unkontrollierte Entsorgung. Die LEDs dagegen hätten bei geringeren Energiebedarf die gleiche Lichtausbeute wie Glüh- oder Halogenlampen. Zwar müssen man für die bis zu 50 000 Stunden lange Lebensdauer tiefer in die Tasche greifen, weil der Anschaffungspreis höher liege, aber normale Glühlampen kommen nur auf eine Lebensleistung von 1000 Stunden: „Eine Energieeinsparung von bis zu 89 Prozent gegenüber normalen Glühlampen bei einer bis zu 50-fach höheren Lebensdauer berechtigen den höheren Anschaffungspreis“, so Mittmann. Und: Die Stadt sollte auch mit gutem Beispiel voranschreiten. Der Antrag wird ebenfalls während der nächsten Fachausschusssitzung beraten. rnk